



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

Litigation-PR als professionelle Dienstleitung: zur Rechtskommunikation in der Mediengesellschaft

Rehbinder, Manfred

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-61184>
Book Section

Originally published at:

Rehbinder, Manfred (2011). Litigation-PR als professionelle Dienstleitung: zur Rechtskommunikation in der Mediengesellschaft. In: Sethe, Rolf. Kommunikation: Festschrift für Rolf H. Weber zum 60. Geburtstag. Bern: Stämpfli, 771-780.

Litigation-PR als professionelle Dienstleistung

Zur Rechtskommunikation in der Mediengesellschaft

MANFRED REHBINDER

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	771
II.	Anwendungsbereiche der LitPR	772
III.	Rechtliche Grenzen der LitPR	775

I. Einleitung

Rechtskommunikation beschränkt sich in der Mediengesellschaft nicht auf das Verfahren vor Behörden und Gerichten, sondern zielt auf die Öffentlichkeit als Richter.¹ In der Absicht, damit indirekt den Ausgang rechtlicher Verfahren zu beeinflussen oder Reputationsschäden als Ergebnis rechtlicher Verfahren für die Verfahrensbeteiligten und ihre Rechtsvertreter zu verhindern, wendet man sich an die Öffentlichkeit als den Court of Public Opinion;² möglichst frühzeitig, um das Bild der Betroffenen in der Öffentlichkeit von Anfang an zu prägen, dann während der gesamten Verfahrensdauer zwecks Einflussnahme auf die Entscheidungsträger des rechtlichen Verfahrens und nach dem Ausgang des Verfahrens, um Erfolge öffentlich zu machen oder Auswirkungen von Misserfolgen nach Möglichkeit zu minimieren. Als Litigation Public Relations (LitPR) in den achtziger Jahren aus den USA als Bezeichnung für ein regelmässig genutztes Instrument der Anwälte in der deutschsprachigen Fachliteratur auftauchte, verstand man darunter meist eine berufsethisch zweifelhafte Trickkiste amerikanischer Skandalanwälte in der Art von ED FAGAN,³ passend allenfalls für ein Land, dessen Rechtskultur durch den Geschworenenprozess geprägt ist und in dem der Anwalt weniger als "Organ der Rechtspflege"⁴ denn als Unternehmer des Dienstleistungsgewerbes gesehen wird. Aber bald wurde deutlich, dass es auch durchaus positiv zu beurteilende Fälle von LitPR gab, wie etwa die Abwehr einer drohenden Vorverur-

¹ VOLKER BOEHME-NEBLER (Hrsg.), Die Öffentlichkeit als Richter? Litigation-PR als neue Methode der Rechtsfindung, Baden-Baden 2010.

² JAMES F. HAGGERTY, In the Court of Public Opinion. Winning your Case with Public Relations, Hoboken, N.J. 2003; 2. Aufl. mit dem Untertitel: Strategies for Litigation Communications, 2011.

³ Über diesen STEPHEN HOLZINGER/UWE WOLFF, Im Namen der Öffentlichkeit. Litigation-PR als strategisches Instrument bei juristischen Auseinandersetzungen, Wiesbaden 2009, 227 f.

⁴ So der frühere § 1 der deutschen Bundesrechtsanwaltsordnung.

teilung durch die Medien.⁵ Der Rechtssoziologe BOEHME-NEßLER, Organisator des 1. Berliner Tages der Rechtskommunikation an der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW), machte zu Recht darauf aufmerksam, dass LitPR als solche keine amerikanische Erfindung sei, wie die Dreyfus-Affäre im ausgehenden 19. Jh. zeige, als der Schriftsteller EMILE ZOLA mit seinem berühmten *J'accuse* einen schwerwiegenden Justizirrtum in Frankreich korrigieren konnte.⁶ Neu ist aber ihre rasche Verbreitung in der Gegenwart. Gemäss einer Medienanalyse hat in der Schweiz in den letzten zehn Jahren die öffentliche Berichterstattung über Gerichtsverfahren um 90% zugenommen.⁷ Dabei sind neben Anwaltskanzleien auch auf Rechtskommunikation spezialisierte PR-Unternehmen tätig geworden.⁸ Die folgenden Zeilen werden zunächst die Anwendungsbereiche aufzeigen, in denen ein Steuern von Kommunikationsprozessen in juristischen Auseinandersetzungen feststellbar ist, und dann einige Überlegungen skizzieren, wo die juristischen Grenzlinien für ein derartiges Steuern von Meinungsbildung zu ziehen sind.

II. Anwendungsbereiche der LitPR

LitPR gehört in den USA bei grösseren Kanzleien bereits zum Standard umfassender Beratungsleistungen, oft unter Einbezug spezieller Medienberater. Das wird sich bald auch bei uns stärker verbreiten; denn dies liegt in der Logik einer Mediengesellschaft und an dem Druck in der zahlenmässig zunehmenden Rechtsanwaltschaft, ihre Dienstleistung aus Wettbewerbsgründen zu modernisieren.⁹

1. Hauptanwendungsgebiet ist das Strafrecht. Die Verteidigung kommuniziert Entlastendes,¹⁰ die Staatsanwaltschaft kommuniziert durch ihre "Presse-sprecher" Belastendes,¹¹ beide in der begründeten Hoffnung, dass die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit¹² Auswirkung auf die Entscheidung des

⁵ Dazu CLAUS ROXIN, Strafrechtliche und strafprozessuale Probleme der Vorverurteilung, Neue Zeitschrift für Strafrecht 1991, 153 ff.

⁶ Siehe BOEHME-NEßLER (Fn. 1), 22.

⁷ Dazu FRANCO GULOTTI/ROLAND BINZ, Im Gerichtssaal der Öffentlichkeit, Anwaltsrevue 2010, 359 ff.

⁸ Für die Schweiz siehe GULOTTI/BINZ (Fn. 7), für Deutschland: HOLZINGER/WOLFF (Fn. 3).

⁹ Siehe den "Marktbericht" von WOLF ALBIN, Litigation-PR wächst, aber langsam, AnwBl. 2010, 311 f.

¹⁰ DANIEL JOSITSCH, Medienarbeit als Bestandteil der Strafverteidigung, Schweiz. Zeitschrift für Strafrecht 2004, 115 ff.

¹¹ JOB TILLMANN, Prozessführung der Staatsanwaltschaft und Medien, Strafverteidiger 2005, 175 f.

¹² Siehe GÜNTHER KAISER, Funktionswandel der Öffentlichkeit und Strafrecht, in: Andreas Donatsch/Niklaus Schmid (Hrsg.), Festschrift für Jörg Rehberg, München 1996, 171 ff.

Gerichts haben wird.¹³ Auch geht es dabei um die mit dem Verfahren verbundenen Reputationsverluste. Umgekehrt kann ein Verteidiger spektakuläre Strafrechtsfälle dazu nutzen, sich als “Staranwalt“ in den Medien zu profilieren. Doch gilt es dabei zwei Gefahrenquellen einer Kanzlei-PR im Auge zu behalten, von den PR-Fachleuten *overexposure* und *Ikarus-Effekt* benannt.¹⁴ *Overexposure* ist der Grund, warum Models oder Prominente zuweilen in der Öffentlichkeit an Interesse verlieren. Sie haben sich der Öffentlichkeit zu oft und aus nichtigem Anlass aufgedrängt und die Öffentlichkeit reagiert daher auf ihre Auftritte gelangweilt. Genannt wird hier als Beispiel der Münchener Anwalt ROLF BOSSI. Unter *Ikarus-Effekt* versteht man einen kometenhaft steilen Aufstieg, der von einem Tieffall gefolgt wird, den der Betroffene selbst verschuldet hat. Häufig wird das ein totaler wirtschaftlicher Zusammenbruch sein. Genannt wird als Beispiel der bereits erwähnte amerikanische Anwalt ED FAGAN. Weniger an selbstdarstellerischer PR wäre hier jeweils mehr gewesen.

Schon während der ersten strafrechtlichen Ermittlungen kann es in den Medien zu “Charakterbildern“ der Beteiligten und PR zu ihren Gunsten kommen, die dann die weiteren Ermittlungen beeinflussen, die Staatsanwaltschaft zur Verfahrenseinstellung, zur Erledigung im Strafbefehlsverfahren oder zu bestimmten vorteilhaften “Deals“ geneigt machen können. Daher empfiehlt es sich, auch blossen Berichten über die Einleitung von Ermittlungen durch rasche, medientaugliche Darstellungen der eigenen Standpunkte entgegenzuwirken. Denn die öffentliche Meinung kennt keine Unschuldsvermutung. Schon die blossen Nachrichten über strafrechtliche Ermittlungen führt zum Beispiel bei Unternehmern zum Ansehensverlust bei Geschäftspartnern, Kreditinstituten, aber auch bei den Mitarbeitern und der sog. Gesellschaft. Allerdings setzt der Einsatz von PR entsprechende Finanzen voraus. So konnte man (neidvoll?) den schweizerischen Medien entnehmen, dass dem im Grandhotel Dolder residierenden Zürcher Diskothekenbetreiber CARL HIRSCHMANN nach Bekanntwerden von Ermittlungen gegen ihn wegen Vergewaltigung und schwerer Körperverletzung von seinem milliardenschweren Vater, einem Flugunternehmer, der bekannte Journalist SACHA WIGDOROVITS als “Mediensprecher“ zwecks umfassender Beratung zur Seite gestellt wurde. Andere müssen eben für sich selber sprechen. Dass übrigens jeder Straftäter gleichermassen verfolgt werde, ist – wie der frühere Richter und heutige Medienwissenschaftler und Starjournalist HERIBERT PRANTL es formuliert hat – eine “Rechtsstaatsillusion“, die die Augen davor verschliessen lässt, dass eine “Verwandlung des Strafgesetzbuchs in ein Handelsgesetzbuch“ stattgefunden

¹³ Dazu empirisch HANS-MATHIAS KEPLINGER/THOMAS ZERBACK, Der Einfluss der Medien auf Richter und Staatsanwälte. Art, Ausmass und Entstehung reziproker Effekte, *Publizistik* 2009, 216 ff.; KEPLINGER, Die Öffentlichkeit als Richter?, in: Boehme-Neßler (Fn. 1), 154 ff.

¹⁴ HOLZINGER/WOLFF (Fn. 3), 227 f.

hat.¹⁵ Zwar findet sich das Justizpersonal in den Medien häufig unzureichend wiedergegeben, aber trotz der Institution von Pressesprechern ist es in den meist komplizierten Wirtschaftsstrafverfahren oft nur Medienfachleuten möglich, die Sachverhalte für die Öffentlichkeit verständlich darzustellen.

2. Im Vergleich zum Strafrecht ist das Zivilrecht für die Medien tendenziell weniger interessant. Umso wichtiger ist gerade hier die Steuerung des Medieninhalts durch PR. Im Vordergrund rechtlicher Verfahren ausserhalb des Strafrechts stehen Streitigkeiten im Bereich der Insolvenz, des Kartellrechts, des Patent- und Markenrechts, des Wettbewerbsrechts, des Medizinrechts und vor allem des Kapitalmarkt- und des Kapitalanlagerechts,¹⁶ ferner das Arbeitsrecht und neben dem Zivilrecht auch das Verwaltungsverfahren. Ausser dem Gewinn von Prozessen kann Ziel der PR auch sein, den Gegner mit Hilfe der öffentlichen Meinung vergleichsbereit zu machen.

3. Der Einsatz von LitPR setzt in der Regel besondere Rechtskenntnisse voraus; denn von Seiten der Medien ist jedenfalls juristischer Sachverstand nur selten vorhanden. Das erfahren viele Rechtswissenschaftler, die sich zunehmend telefonischer Anfragen von Medienmitarbeitern ausgesetzt sehen, die kostenlosen Rechtsrat für ihre Publikationen anfordern. Durch den wirtschaftlichen Niedergang der Presse und der Nachrichtenagenturen haben diese zunehmend weniger kompetente Juristen unter ihren angestellten Mitarbeitern. Auch Pressestellen von Gerichten und Verwaltungsbehörden sind nur selten (nämlich wenn sie Informationen zurückhalten) in der Lage zu einer durchdachten "Nachrichtendramaturgie". In der Regel sind dies nur die Vertreter der (potentiellen) Kläger und deren Gegner. Den Gegnern droht bei jeder Art Klage oder Strafverfahren mit welchem Ausgang auch immer ein Imageverlust. Umso wichtiger ist es – nach dem Ratschlag des FAZ-Wirtschaftsredakteurs JOACHIM JAHN¹⁷ – den etwaigen Schaden durch eine angemessene Pressearbeit zu begrenzen. „Dazu gehört aktiv, unermüdlich und gleichsam mit Engelsgeduld, aber auch wohl dosiert den zeitgestressten und häufig wenig sachkundigen Medienvertretern aus der eigenen Perspektive den wirklichen Sachverhalt und die Rechtslage zu erklären. Wichtig ist es dabei, nicht durch eine zugeknöpfte Informationspolitik Misstrauen oder gar Trotz zu schüren“. Mit der Dauer gerichtlicher Auseinandersetzungen wird es erfahrungsgemäss immer schwieriger, das mediale Interesse an der Sache aufrecht zu erhalten. Das erfordert ein durchdachtes Vorgehen, wobei aufseiten professioneller LitPR-Spezialisten auch deshalb vertiefte Rechtskenntnisse nötig sind, um eine reibungslose Zusammenarbeit mit den verhandlungsführenden Rechtsanwälten zu gewährleisten.

¹⁵ Zitiert bei HOLZINGER/WOLFF (Fn. 3), 188 f.

¹⁶ Siehe HOLZINGER/WOLFF (Fn. 3), 192-197.

¹⁷ JOACHIM JAHN, Die Managerhaftung und die öffentliche Meinung, in: Gerd Krieger/Uwe H. Schneider (Hrsg.), Handbuch Managerhaftung, Köln 2007, § 33, 967, 974.

III. Rechtliche Grenzen der LitPR

Rechtskommunikation, die an den Court of Public Opinion gerichtet ist, bedarf wie das Instrument der PR generell, rechtlicher Kontrolle; denn die öffentliche Meinung ist kein rechtsfreier Raum. Der Rechtssoziologe VOLKER BOEHME-NEBLER hat eine Liste der einschlägigen Schranken zusammengestellt, die hier zu beachten sind. Sie zeigt bei näherer Durchsicht, dass hier vieles noch der näheren Klärung bedarf.

1. Als erste dieser Schranken nennt BOEHME-NEBLER die Unschuldsvermutung.¹⁸ „Jede Person gilt bis zur rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig“ (Art. 32 Abs. 1 CH-BV; s. für Deutschland Artt. 1 Abs. 1 [Menschenwürde], 20 III D-GG [Rechtsstaatsmaxime] und Art. 6 Abs. 2 EMRK [Menschenrecht]). Die Unschuldsvermutung ist sowohl Prozessmaxime als auch Schutzprinzip für das Individuum. Die Staatsanwaltschaft ist nicht nur im Hauptverfahren, sondern auch im Ermittlungsverfahren¹⁹ gehalten, durch ihre Informationspolitik keine öffentliche Vorverurteilung zu fördern.²⁰ Die Anwendbarkeit der Unschuldsvermutung wird heute über die Strafverfolgungsbehörde hinaus auch auf alle übrigen staatlichen Behörden und ihre Verfahrensweisen für gegeben angenommen, was die neue schweizerische Verfassung auch klar zum Ausdruck bringt. Ob sie hingegen auch auf andere als staatliche Behörden anzuwenden ist, zum Beispiel für die Gerichtsberichterstattung durch die Medien, ist in Deutschland umstritten.²¹ Eine Drittwirkung durch objektivrechtliche Deutung der Unschuldsvermutung als Element der gesamten Rechtsordnung lässt sich wohl eher den Vorschriften über den Persönlichkeitsschutz entnehmen.²²

2. Die Regeln über den Persönlichkeitsschutz sind von besonderer Bedeutung in der Mediengesellschaft, in der die Äusserungsfreiheit der Medien durch den Schutz der betroffenen Individuen eingeschränkt werden muss; denn hohe Auflagen und Einschaltquoten sind garantiert, wenn die Medien die Erwartungen ihrer Konsumenten erfüllen, hier handle es sich um einen „modernen Pranger“.²³ Dabei kommt es bei der Abwägung des Persönlich-

¹⁸ BOEHME-NEBLER (Fn. 1), 26-28.

¹⁹ BVerfGE 74, 358, 370.

²⁰ CHRISTIAN-ALEXANDER NEULING, *Inquisition durch Information. Medienöffentliche Strafrechtspflege im nichtöffentlichen Ermittlungsverfahren*, Berlin 2005, 163-166 mit Nachweisen.

²¹ Siehe näher MARTIN SCHUBARTH, *Zur Tragweite des Grundsatzes der Unschuldsvermutung*, Basel 1978; SEBASTIAN VON STUCKENBERG, *Untersuchungen zur Unschuldsvermutung*, Berlin 1998.

²² Siehe BOEHME-NEBLER (Fn. 1), 26.

²³ So ELISABETH NOELLE-NEUMANN, *Die Schweigespirale*, München 1980, 172 ff., 223. Zur Prangerwirkung empirisch HANS-MATHIAS KEPPLINGER/SONJA GLAAB, *Folgen ungewollter Öffentlichkeit*, in: Axel Beater/Stefan Habermeier (Hrsg.), *Verletzungen von Persönlichkeitsrechten durch die Medien*, Tübingen 2005, 127. Zur Prangerwirkung speziell der Justizberichterstattung FRAUKE HÖBERMANN, *Der Gerichtsbericht in der Lokalzeitung*, Baden-Baden 1989, 164 ff. und BVerfG NJW 2009, 350, 351.

keitsrechts mit dem öffentlichen Unterrichtsinteresse zur Verletzung einer Unschuldsvermutung, die nicht aus prozessrechtlichen Erwägungen, sondern die aus der Beweislastverteilung bei der Tatbestandsmässigkeit der Persönlichkeitsrechtsverletzung folgt.²⁴ Unerfreulich ist, dass nach herrschender Meinung eine solche Rechtsverletzung strafprozessual und materiellrechtlich folgenlos bleiben soll. Zu Recht schliesst sich BOEHME-NEBLER der eingehend begründeten Gegenmeinung von WOLFGANG WOHLERS an, der Beweisverbote, Verfahrenshindernisse und die Einstellung des Verfahrens wegen medialer Vorverurteilung für gegeben ansieht.²⁵ Auch kann man in unangemessenen Presseberichten eine materielle Beschwer sehen, welche Strafmilderung nach sich zieht.²⁶ Hat ein Amtsträger seine Pflicht zur Amtsverschwiegenheit verletzt und dadurch eine Vorverurteilung verursacht, muss er mit Disziplinar massnahmen rechnen. Auch kommen Amtshaftungsansprüche in Betracht (Art. 146 CH-BV und Verantwortlichkeitsgesetze des Bundes und der Kantone; in Deutschland Art. 34 GG, § 839 BGB). Nicht nur der Angeklagte ist gegenüber LitPR durch sein Persönlichkeitsrecht geschützt, sondern auch die Zeugen und vor allem die Opfer von Straftaten. Dass hier Recht und Wirklichkeit oft spektakulär auseinander fallen, ist allgemein bekannt.

3. Als weitere Grenze von LitPR nennt BOEHME-NEBLER²⁷ den verfassungsrechtlichen Grundsatz des rechtlichen²⁸ Gehörs (Art. 29 Abs. 2 CH-BV, Art. 103 D-GG). Dieser Grundsatz ist in der Charakterisierung des deutschen Bundesverfassungsgerichts das “prozessuale Urrecht“, das sich aus der Menschenwürde ableitet.²⁹ Es will die “Waffengleichheit“ vor Gericht gewährleisten.³⁰ Dem Wortlaut nach besteht zwar nur ein Recht auf die Anhörung³¹ in allen Arten gerichtlicher Verfahren.³² Doch kann eine Rechtskommunikation, die ausserhalb des Gerichtssaales stattfindet und die die Öffentlichkeit zum Adressaten hat, die aber auf dem Wege über die Öffentlichkeit die Entscheidungstätigkeit der Gerichte beeinflussen will und kann, eine LitPR eben, für die Sinnermittlung des Grundsatzes des rechtlichen Gehörs in der Medienge-

²⁴ Siehe das Fallmaterial bei JENS SOEHRING, Vorverurteilung durch die Presse. Der publizistische Verstoß gegen die Unschuldsvermutung, Baden-Baden 1999, 159 ff., 258 ff.

²⁵ WOLFGANG WOHLERS, Prozessuale Konsequenzen präjudizierender Medienberichterstattung, Strafverteidiger 2005, 186 ff.; BOEHME-NEBLER (Fn. 1), 28.

²⁶ So EDGAR WEILER, Medienwirkung auf das Strafverfahren, ZRP 1995, 130, 135.

²⁷ BOEHME-NEBLER (Fn. 1), 30 f., ferner DERS., Die Öffentlichkeit als Richter? Litigation-PR als Herausforderung für das Recht, ZRP 2009, 228, 229 f.

²⁸ In der ursprünglich Recht und Gericht identifizierenden alten Bedeutung von “gerichtlich“ wie in Rechtsschutz, Rechtshängigkeit, Rechtsverweigerung, s. MANFRED REHBINDER, Einführung in die Rechtswissenschaft, 8. Aufl., Berlin 1995, 14.

²⁹ Denn wer sich äussert, ist nicht Objekt eines Verfahrens, sondern ist Subjekt: BVerfGE 55, 1, 5 f. = NJW 1980, 2698; BVerfGE 107, 395, 408 = NJW 2003, 1924.

³⁰ BVerfGE 52, 131, 156 = NJW 1979, 1925.

³¹ Gemeint ist allerdings auch die Berücksichtigung des Gehörten: BVerfGE 83, 24, 35.

³² BVerfGE 53, 25, 281.

sellschaft nicht unberücksichtigt bleiben, und zwar in doppelter Hinsicht. Zum einen ist LitPR eine spezielle Form der Inanspruchnahme eines rechtlichen Gehörs im Wege der öffentlichen Meinung. Wie empirische Erhebungen ergaben, sind Richter und Staatsanwälte trotz Bemühens um “mediale Unabhängigkeit” zwar nicht in der Beurteilung der Beweislage und der Schuld, wohl aber in der Frage des Strafmasses und der Bewilligung einer Bewährung und in der Anordnung der Sicherungsverwahrung von der Medienöffentlichkeit des Verfahrens abhängig.³³ Diese Wirkungsmöglichkeiten sind als die einer Mediengesellschaft angemessene Art, sich rechtliches Gehör zu verschaffen, als solche den Verfahrensbeteiligten verfassungsrechtlich garantiert. Zum anderen aber: Sollte von der PR in einem solchen Ausmass Gebrauch gemacht werden, dass die anderen Verfahrensbeteiligten von ihrem Recht auf rechtliches Gehör praktisch nicht Gebrauch machen können, dann entfällt der verfassungsrechtliche Schutz für den PR-Betreiber; denn das Prinzip der Waffengleichheit gebietet, dass alle Verfahrensbeteiligten rechtlich gehört werden.³⁴

4. LitPR muss im Falle der Staatsanwaltschaft auch am Grundsatz der Objektivität ausgerichtet sein. Nach Art. 16 Abs. 1 CH-StPO ist die Staatsanwaltschaft für die *gleichmässige* Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs verantwortlich. Nach § 160 Abs. 2 D-StPO hat sie nicht nur die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln. Die Objektivitätsmaxime, die die Staatsanwaltschaft am Leitbild eines unabhängigen Organs der Rechtspflege ausrichtet, wird jedoch in Wirklichkeit mehr und mehr dem angloamerikanischen Modell angenähert, demzufolge sie Prozesspartei ist, die in einem adversarischen Verfahren die Interessen des Staates vertritt.³⁵ Solange man jedoch am objektiven Leitbild einer der Objektivität verpflichteten Staatsanwaltschaft festhält, ist LitPR durch offensive, allein an den staatlichen Strafverfolgungsinteressen ausgerichtete Informationen von dieser Seite unzulässig.³⁶

5. LitPR muss sich des Weiteren nach dem Grundsatz der Gerichtsöffentlichkeit (Art. 30 Abs. 3 CH-BV; Art. 6 Abs. 1 EMRK; § 169 S. 1 D-GVG) in den Grenzen zulässiger Einflussnahme der Öffentlichkeit auf das Gerichtsverfahren halten. Gerichtsverhandlungen im Rechtsstaat dürfen nur in eng begrenzten, gesetzlich vorgesehenen Ausnahmefällen und mit besonderer Be-

³³ So HANS MATHIAS KEPPLINGER, Die Öffentlichkeit als Richter? Empirische Erkenntnisse zu einer brisanten Frage, in: BOEHME-NEBLER (Fn. 1), 155 ff.; RUDOLF GERHARDT, Im Namen der Medien. Welchen Einfluss haben Rundfunk und Presse auf den Strafprozess?, in: BOEHME-NEBLER (Fn. 1), 171 ff. Ausführlich VOLKER BOEHME-NEBLER, Unabhängige Richter in der Mediengesellschaft?, AfP 2010, 539-542.

³⁴ Siehe BOEHME-NEBLER (Fn. 1), 31: Zum Grundsatz des rechtlichen Gehörs als Garantie und Grenze der LitPR.

³⁵ Dazu BRIGITTE KELKER, Die Rolle der Staatsanwaltschaft im Strafverfahren, ZgStrW 118 (2006), 389 ff.

³⁶ BOEHME-NEBLER (Fn. 1), 32 f.

gründung von der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.³⁷ Sinn der Gerichtsöffentlichkeit ist die rechtsstaatlich gebotene Einhaltung eines fairen Verfahrens.³⁸ Andererseits garantiert die Verfassung die Unabhängigkeit der Justiz (Art. 30 Abs. 1 CH-BV, Art. 97 Abs. 1 D-GG). Die demokratisch gebotene Kontrolle der Justiz durch die Öffentlichkeit und die der Justiz verfassungsrechtlich zugesicherte Unabhängigkeit sind also miteinander zum Ausgleich zu bringen; denn die Betroffenen haben einen Anspruch auf ein faires Verfahren.³⁹ In Abwägung beider rechtspolitischen Ziele wurde eine der umstrittensten Fragen,⁴⁰ nämlich die audiovisuelle Live-Übertragung von Gerichtsverhandlungen, wie folgt geregelt: Bild- und Tonaufnahmen innerhalb des Gerichtsgebäudes sowie von Verfahrenshandlungen ausserhalb des Gebäudes sind ausnahmslos verboten (so Art. 71 Abs. 1 CH-StPO, eine entsprechende Vorschrift der ZPO fehlt). Die entsprechende Vorschrift im § 169 S. 2 des deutschen GVG wurde wiederholt für verfassungsgemäss erklärt⁴¹ und nur für Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht in § 17a BVerfGG eine gesetzliche Ausnahme statuiert. Zwar fehlen eindeutige empirische Belege für negative Auswirkungen der Aufnahmegeräte auf das Verhalten der Prozessbeteiligten, zumal in den USA mit der dort zugelassenen Fernsehberichterstattung angeblich keine schlechten Erfahrungen gemacht worden sind und sozialpsychologische Studien über den sog. Zuschauer Effekt im übrigen bewiesen haben, dass Personen ihr Verhalten nicht ändern, wenn Zuschauer anwesend sind.⁴² Die Gefahr von Kameras im Gerichtssaal liegt aber in etwas anderem, nämlich in dem, was BOEHME-NEBLER⁴³ die Fiktionalisierung der Rechtswirklichkeit nennt. Denn durch Auswahl und Bearbeitung des Bildmaterials kann beim Publikum ein verzerrtes Bild der Rechtswirklichkeit entstehen und angesichts des nachgewiesenen Druckes der Öffentlichkeit auf Richter und Staatsanwälte, wie er schon in leichter Form durch die blossе Anwesenheit von Juristen im Gerichtssaal entsteht,⁴⁴ kann es zu einem Ausmass von LitPR kommen, das in einem Autonomieverlust der Justiz endet. Wie die

³⁷ BVerfGE 70, 324, 358.

³⁸ Siehe MARIE-THERES FÖGEN, *Der Kampf um die Gerichtsöffentlichkeit*, Berlin 1974.

³⁹ Art. 29 Abs. 1 CH-BV: Anspruch auf gerechte Behandlung; siehe LUTZ TILLMANN, *Mediale Vermarktung von Verbrechen und Grundsatz eines fair trial*, in: Andreas Heldrich (Hrsg.), *Festschrift für Robert Schweizer*, Baden-Baden 1999, 227 ff.; DOROTHEA RZEPKA, *Zur Fairness im deutschen Strafverfahren*, Frankfurt a.M. 2000.

⁴⁰ Siehe den Diskussionsbericht von HANNS PRÜTTING, *Das Fernsehen im Gerichtssaal - Ausweitung der Öffentlichkeit im Zivilprozess?*, in: Reinhold Geimer (Hrsg.), *Wege zur Globalisierung des Rechts*, München 1999, 685, 686 ff.

⁴¹ BVerfGE 103, 44, 59 ff. und die Nachweise von CHRISTIAN VON CÖLLN, *Zur Medienöffentlichkeit der Dritten Gewalt*, Tübingen 2005, 337 ff.

⁴² BOEHME-NEBLER (Fn. 1), 34-36.

⁴³ VOLKER BOEHME-NEBLER, *BilderRecht. Wie die Dominanz der Bilder im Alltag das Recht verändert*, Berlin/Heidelberg 2010, 132-135.

⁴⁴ RUDOLF GERHARDT, *Der Einfluss der Medien auf das Strafverfahren aus medialer Sicht*, in: Dietrich Oehler u.a. (Hrsg.), *Der Einfluss der Medien auf das Strafverfahren*, München 1990, 19, 26, 29 f.

Grenzlinie zwischen zulässiger demokratischer Kontrolle der Justiz durch die Öffentlichkeit und unzulässigem Eingriff in die Unabhängigkeit der Rechtspflege zu ziehen ist, ist eine rechtspolitisch heikle Frage. Der Entschluss des Gesetzgebers jedenfalls, die audiovisuellen Medien aus dem Gerichtssaal auszuschliessen, ist als Maxime einer Schranke von LitPR verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

Bisher war nur von der klassischen Gerichtsöffentlichkeit die Rede als Endziel von PR-Massnahmen. Die Erweiterung des Gerichtssaales zur Öffentlichkeit in den klassischen Medien Presse und Rundfunk hat den Arbeitsbereich von PR-Massnahmen erheblich erweitert. Mit dem Internet ist allerdings die Offline-Öffentlichkeit durch eine Online-Öffentlichkeit ergänzt worden, was aus der Öffentlichkeit für Rechtskommunikation viele Öffentlichkeiten gemacht hat, und mit jeder neuen Digitaltechnologie auch mehr, und je weniger die junge Generation die Printmedien nutzt, verlieren auch die klassischen Öffentlichkeiten an Bedeutung. Eine mediale Justizöffentlichkeit wird daher von einer digitalen Zersplitterung in Öffentlichkeiten ausgehen müssen, was die Aufgabenstellung der LitPR vervielfältigt. Über Rechtsfragen diskutieren schon heute "unterschiedliche Blogs und unzählige Twitterer". Daraus entsteht ein "emotionales, wenig sachverständiges, an der Bestätigung von Ressentiments interessiertes Geschwätz".⁴⁵

6. Dieser Öffentlichkeit müssen wir uns stellen, wollen wir unsere Sicht in Fragen des Rechts gegen "einseitige Sichtweisen, interessengebundene Rechtsansichten, finanziell beeinflusste Expertenmeinungen und Scheinbegründung"⁴⁶ zum Tragen bringen. Das erfordert zwar veränderte, mehr und neue PR-Strategien, aber Endziel ist und bleibt im Rechtsstaat, von der Verfassung garantiert, der gesetzliche und unabhängige Richter (Art. 30 Abs. 1 S. 1 CH-BV; Art. 101, 20 Abs. 2, Abs. 3, 97 D-GG).

Garantie des gesetzlichen Richters bedeutet "Anspruch auf ein durch Gesetz geschaffenes, zuständiges ... Gericht" (Art. 30 Abs. 1 S. 1 CH-BV). Zuständigkeiten, Geschäftsverteilungspläne und Spruchkörperbesetzungen müssen im Voraus und klar bestimmt sein.⁴⁷ Das Ziel von LitPR, über die öffentliche Meinung Druck auf die Rechtspflege auszuüben, kann nun in einem Ausmass erreicht werden, dass in Wirklichkeit das Gericht lediglich nachvollzieht, was die Öffentlichkeit bereits entschieden hat. In diesem Fall ist das Recht auf einen gesetzlichen Richter verletzt, weil es dem Gericht an der erforderlichen Unabhängigkeit fehlt. Überschreitet also der Druck, der mit der üblichen Kontrolle der Justiz durch die Öffentlichkeit verbunden ist, das "normale" Mass, so ist eine unabhängige Rechtspflege nicht mehr gegeben. Die Grenzlinie zwischen verfassungsrechtlich erlaubttem und dem unerlaubten

⁴⁵ So BOEHME-NEBLER (Fn. 1), 39. Beispiel aus der Gegenwart: der bekannte Blog in der Affäre Kachelmann.

⁴⁶ BOEHME-NEBLER ebd.

⁴⁷ BVerfGE 95, 322, 328 f. = NJW 1997, 1497.

Druck ist wiederum durch Güterabwägung zweier Grundrechte zu ziehen, da die Medien sich für eine “normale“ LitPR auf die Meinungs- und Informationsfreiheit sowie die Medienfreiheit berufen können (Art. 16, 17 CH-BV; Art. 5 D-GG).

Das Ergebnis dieser Abwägung wird sich in standesrechtlichen Regelungen und in der Rechtsprechung niederschlagen. Vom Gesetzgeber ist wegen der Schwierigkeit abstrakter Normierung und der medienorchestrierten politischen Machtspiele im Parlament allenfalls in Einzelfragen Hilfe zu erwarten. Das Gesamtgebiet gehört zu dem, was man jetzt mit BOEHME-NEBLER “unscharfes Recht“ nennt.⁴⁸ Daher wird LitPR noch lange ein aktuelles Thema bleiben.

⁴⁸ VOLKER BOEHME-NEBLER, *Unscharfes Recht. Überlegungen zur Relativierung des Rechts in der digitalisierten Welt*, Berlin 2008.